Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Kaden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden, Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden, Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art, sei es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Wissen, Kunst", außerdem „Volk und Zeit" vierteljährlich 2.20 RM., vierzehntägig 1.10 RM. Einzelnummer 10 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25361. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25361 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 30 mm breite Nonpareillezeile 35 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 2.00 M., für auswärtige Anzeigen 40 Pf. und 2.50 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 144 | Dresden, Freitag den 22. Juni 1928 | 39. Jahrg.

Die Große Koalition gescheitert!

Verhandlungen auf der Basis der Weimarer Koalition

SPD. **Berlin**, 22. Juni. (Eig. Drahtb.) Die heutige Verhandlung der Fraktionsführer dauerte nur eine halbe Stunde. Sie ergab, daß nunmehr die Große Koalition bis auf weiteres als gescheitert zu betrachten ist. Der Abgeordnete Scholz hielt an allen Forderungen der Deutschen Volkspartei fest, die er gestern persönlich noch aufzugeben schien. Er bestand auf dem sofortigen Bau des Panzerkreuzers, auf der Zusicherung einer schleunigen Umbildung der Regierung in Preußen, auf der Ablehnung des von der Sozialdemokratie gewünschten Nationalfeiertages und andre Forderungen. Der Abgeordnete Müller (Franken) erklärte darauf hin, daß weitere Verhandlungen über die Bildung der Großen Koalition unter diesen Umständen völlig zwecklos seien. Der Abgeordnete Scholz verließ darauf die Besprechungen. Müller (Franken) hat dann die Führer der andern bürgerlichen Parteien, nunmehr an ihre Fraktion heranzutreten und eine Entscheidung darüber herbeizuführen, ob die Fraktionen — das heißt Zentrum, Demokraten und Bayerische Volkspartei — nunmehr bereit sind, auf der Basis der Weimarer Verfassung eine Regierungsbildung herbeizuführen. Die Fraktion des Zentrums, die dann zusammentrat, nahm einen kurzen Bericht des Abgeordneten Guérard entgegen und vertagte sich dann, um dem Fraktionsvorstand Gelegenheit zur eingehenden Erörterung der Situation zu geben. Die sozialdemokratische Fraktion tritt um 4 Uhr zusammen.

*

Die Bluffversuche der Volkspartei

Ueber die Verhandlungen am Donnerstag erhalten wir folgendes Stimmungsbild:

Die Konferenz am Donnerstag vormittag endete mit der Feststellung des Abgeordneten Müller, daß in einer Reihe von Fragen eine Uebereinstimmung nicht erzielt sei und nach allem Anschein auch nicht erzielt werden könne. Die Deutsche Volkspartei blieb bei ihrer Ablehnung der gesetzlichen Festlegung des 11. August als Nationalfeiertag. Sie wollte nichts wissen von der Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums der Lohnsteuerpflichtigen in Ausführung der Lex Brüning. Sie verharrte auf ihrem Standpunkt, daß sie schon bei der Debatte über die Regierungserklärung ihren festen Entschluß, den Beginn des Baues des Panzerkreuzers nach dem 1. September zu erörtern, verkünden müsse. Sie machte Schwierigkeiten in der Frage der Wohnungszwangswirtschaft. Außerdem wünschte sie den Katalog ihrer Bedingungen schließlich noch durch das Verlangen nach Veranlagung der Steuerpflichtigen nach dreijährigem Durchschnitt, nach der Abschaffung der Kapitalertragsteuer und nach der Aufhebung der Steuerfreiheit der Versorgungsbetriebe. Mit anderen Worten: sie erhob Ansprüche, die zum Teil von rein bürgerlichen Regierungen in der Vergangenheit nicht vertreten worden sind. Dazu kam dann noch das ungelöste preußische Problem, das in der Sitzung selbst Anlaß zur Auseinandersetzung zwischen den Vertretern der Volkspartei und des Zentrums gab. Kurzum, die Sache sah vollständig hoffnungslos aus. Müller teilte mit, daß er am Nachmittag von diesem Stand der Dinge dem Reichspräsidenten Mitteilung machen würde.

Um 3 Uhr folgte dann eine Besprechung. Jetzt versicherte Herr Scholz, daß in all den strittigen Fragen eigentlich noch nicht das letzte Wort seiner Partei gesprochen sei, daß ein Nachgeben und etwaige Kompromißlösungen nicht außerhalb des Bereichs der Möglichkeit lägen. Er werde deswegen mit seiner Fraktion, die am Freitag vormittag zusammentrete, nochmals Fühlung nehmen.

Worauf dieser Umschwung zurückzuführen ist? Vielleicht hat Herr Stresemann eingegriffen. Man spricht auch davon, daß der Zentrumsführer von Guérard ein ernstes Wort mit seinen volksparteilichen Kollegen geredet habe. Das Wahrscheinlichste aber ist, daß den scheinbar Unbeugsamen etwas anderes bedenklich gemacht hat. Abgeordneter Müller eröffnete den Fraktionsführern am Donnerstag nachmittag nämlich, er für sein Teil sei entschlossen, für den Fall des Scheiterns der Großen Koalition den Versuch mit der Schaffung der Weimarer Koalition zu unternehmen. Diese Aussicht ist für die Volkspartei unbehaglich, und es dämmerte ihr am Donnerstag nachmittag die Erkenntnis, daß sie den Bogen nicht überspannen dürfe. Sie sah wohl auch ein, daß die preußischen Felle ihr vollständig wegschwimmen würden, wenn an ihrem Widerstand die Bemühungen im Reich zusammenbrächen.

•

Stresemann auf Urlaub

D. **Berlin**, 22. Juni. (Eig. Funkspruch.) Der Reichsaußenminister Dr. Stresemann hat Berlin am Donnerstag abend zu einem längeren Erholungsurlaub verlassen

*

Ehescheidungsreform

Ein sozialdemokratischer Initiativantrag

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat zur Ehescheidungsreform den Entwurf eines Initiativgesetzes beantragt, das zum Ziel hat, die Bestimmungen über die Ehescheidung zu reformieren. Der sozialdemokratische Antrag verfolgt den Zweck, Ehescheidungen zu erleichtern und die Scheidung einer Ehe schon dann zuzulassen, wenn eine tiefe Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses eingetreten ist. Hoffentlich verabschiedet der neue Reichstag dieses Gesetz schleunigst, um das von dem alten Reichstag gekämpft wurde, ohne daß es zu seiner Verabschiedung kommen konnte.

Bazille wurstelt weiter!

D. **Stuttgart**, 21. Juni. (Eig. Drahtb.

Im Württembergischen Landtag kamen am Donnerstag vor Abschluß der politischen Aussprache noch die Vertreter der zwei kleinsten, aber ziffernmäßig ausschlaggebenden Gruppen der Deutschen Volkspartei und des Christlichen Volksdienstes mit sehr langatmigen Reden zu Wort. Sie polemisierten zum Teil scharf und wirkungsvoll gegen die Rechtsparteien und suchten die Schwächen der jetzigen Regierungsbildung, im besonderen der Besetzung des Kultusministeriums durch den von der Landbevölkerschaft demonstrativ abgelehnten Herrn Bazille auf, ohne jedoch die sich hieraus ergebenden politischen Konsequenzen zu ziehen. Mit der Schwäche und Halbheit, die solchen kleinen Gruppen in der Regel anhaften, scheuten sie die Verantwortung für den in ihrer Macht liegenden Sturz der Regierung, wobei sie wohl auch von der Abneigung beeinflußt wurden, die Sozialdemokratie mit der Leitung der politischen Geschäfte des Landes zu betrauen. Die von der Opposition eingebrachten Mißtrauensvoten wurden abgelehnt.

Nach den kleinen Parteien trat der heißumstrittene Bazille selbst auf den Plan, um, wie er sagte, nachzuweisen, daß das gegen ihn eingebrachte Mißtrauensvotum nicht mit stichhaltigen Gründen belegt werden sei. Es bestehe nur eine nicht rechtfertigte persönliche Voreingenommenheit gegen ihn, die man im Interesse des Landes aber zurückstellen müßte. Seine Personalpolitik sei nicht parteipolitisch gewesen, er habe nur die zu berufenden Beamten von seinem Vertrauensmann im Ministerium, dem Ministerialrat Dr. Beißwenger, daraufhin prüfen lassen, ob sie „geeignete Persönlichkeiten" seien, die eine Gewähr bieten, daß sie nicht auf ihre Untergebenen zersetzend wirkten. Damit hat Bazille, wenn auch mit anderen Worten, glatt eingestanden, daß er sich bei der Einstellung der Beamten in der Tat von einer nach der Gesinnung getroffenen Auslese leiten ließ. Als er die in seiner Verteidigung wegen der Aktion gegen das 8. Volksschuljahr entstandenen Mißstimmigkeiten auf den evangelischen Oberschulrat abwälzen wollte, der sich nur pflichtgemäß an den Wortlaut des Gesetzes gehalten hatte, kam es zu stürmischen Auseinandersetzungen.

Dann faßte der sozialdemokratische Abgeordnete Ulrich noch einmal alle Gründe zusammen, die angesichts des Wahlausgangs gegen die Bildung einer Rechtsregierung sprechen. Die Aussprache wurde abgeschlossen mit der Abstimmung über die einzelnen Mißtrauensanträge der Sozialdemokratie und der Demokraten. Die Konstellation war hierbei die gleiche wie unmittelbar nach der Regierungsbildung, nur fehlten diesmal zwei Abgeordnete auf der linken Seite des Hauses. Infolgedessen wurden die Mißtrauensanträge mit 40 Stimmen der Rechtsparteien und des Christlichen Volksdienstes gegen 34 Stimmen der Linksparteien bei 4 Enthaltungen der Deutschen Volkspartei abgelehnt. Die Rechtsregierung wird auf dieser schwankenden Basis also zunächst weiterwursteln.

*

Die Wahlen im Bayerischen Landtag

München, 21. Juni. (Eig. Drahtber.)

Am Donnerstag nachmittag trat der überfüllten Tribünen der neugewählte Bayerische Landtag zu seiner ersten Sitzung zusammen, um den einzigen Tagesordnungspunkt, die Wahl seines Präsidiums, zu erledigen. Die vom Alterspräsidenten, dem 76jährigen parlamentarischen Neuling der Bayerischen Volkspartei, Kommerzienrat Reh, geleitete Sitzung besetzte die Präsidenten- und Schriftführerposten wiederum nach der Stärke der Fraktionen, so daß der Abgeordnete Königsbauer (Bayr. Vp.) zum ersten Präsidenten, der Abgeordnete Auer (Soz.) zum ersten Vizepräsidenten und der Abgeordnete Hartmann (Bayr. B.-Bd.) zum zweiten Vizepräsidenten mit großer Mehrheit gewählt wurden. Die 5 Kommunisten stimmten in allen drei Wahlgängen für ihren Vorsitzenden, ebenso weigerten sich die 9 Hitlerleute, einen Sozialdemokraten zu wählen. Nach der Wahl vertagte sich das Plenum des Landtages auf unbestimmte Zeit, d. h. bis die neue Regierung gebildet ist und sich dem Landtag vorstellen kann. Die Verhandlungen dazu werden von der Bayerischen Volkspartei im Laufe der nächsten Woche aufgenommen, da unter allen Umständen erst die Entwicklung im Reich abgewartet werden soll.

*

Die Ordnungsregierung muß köpfen!

M. **Weimar**, 22. Juni. (Eig. Funk.) Die reaktionäre thüringische Ordnungsregierung ließ im Haushaltausschuß des Landtags im Zusammenhang mit dem Fall Leister auf eine sozialdemokratische Anfrage erwidern, daß sie nach wie vor für die Beibehaltung der Todesstrafe sei. „Ueberwiegende Gründe" seien hierfür maßgebend. Mit dem Leister-Prozeß an sich habe sich das Staatsministerium noch nicht befaßt. — Leister ist vor vier Jahren zum Tode verurteilt worden, jetzt mußte er freigesprochen werden, da das erste Gericht ein Fehlurteil gesprochen hatte.

Die nationalistischen Regierungen aber brauchen die Todesstrafe, um ihre „Ordnung" aufrechtzuerhalten!

Die Pariser Junischlacht

Zu ihrem achtzigsten Jahrestag

Von Hermann Wendel

„Die Ordnung hat über die Anarchie triumphiert."
Amtlicher Maueranschlag.

„... die erste große Schlacht zwischen den beiden Klassen, welche die moderne Gesellschaft spalten."
Karl Marx.

So verhängnisvoll die Pariser Junischlacht für Frankreich blieb, da die Niederlage der Arbeiter auch die Niederlage der Republik war und den Grund für den Staatsstreich des dritten Bonaparte legte, so verhängnisvoll war sie, ein Ereignis von europäischen Ausmaßen, auch für die allgemeine Entwicklung des Erdteils. Denn wenn die Februarrevolution der Springquell für den Umsturz in allen Ländern war, ließ die Niedermetzelung des Pariser Proletariats im Juni allenthalben die Gegenrevolution ihr Haupt erheben; der Zylinderhut, die „Angströhre" des Pfahlbürgers triumphierte über den Heckerhut des Revoluzzers; die große Wende war da.

Die Pariser Arbeiter hatten im Februar 1848 den Thron Ludwig Philipps umgestürzt, die Pariser Arbeiter hinter den Barrikaden die Republik erzwungen. Die Pariser Arbeiter waren zunächst eine Macht. Und da angesichts der schweren Wirtschaftskrise, die den ökonomischen Untergrund der Revolution bildete, die Arbeiter hungerten, hißte die Februarrepublik die Trikolore mit roten Quasten daran; es war eine bürgerliche Staatsform mit sozialen Zugeständnissen. Als Vertreter des siegreichen Proletariats saßen Louis Blanc und Albert in der Provisorischen Regierung, die sofort in feierlicher Erklärung „die Existenz des Arbeiters durch Arbeit" verbürgte. Aber da Papier niemand satt machte, entstanden noch im Schatten der Februarbarrikaden zwei Einrichtungen, die als Sammelbecken der Arbeitslosen gedacht waren. Neben der Nationalgarde wurden fünfundzwanzig Bataillone Mobilgarde aufgestellt, in deren Listen sich Tausende hungernder Proletarier eintragen ließen, und die Nationalwerkstätten geschaffen, die ebenfalls eine militärische Gliederung aufwiesen. Mit Sozialismus hatten diese Werkstätten so viel oder so wenig zu tun wie die Mobilgarde; da in ihrem Rahmen nur nutzlose, unfruchtbare und langweilige Arbeit verrichtet wurde, boten sie lediglich eine Art verkappter Armenunterstützung und dienten dazu, die der Not anheimgefallenen Volksmassen von der Straße zu entfernen und zur Verfügung der Regierung zu halten.

Aber obwohl nach dem Februar vielfach mit dem „vierten Stand" ein gefühlseliger Götzendienst getrieben wurde, derart, daß der beliebteste Kehrreim jener Wochen lautete:

Hut ab vor der Mütze!
Vor dem Arbeitsmann aufs Knie!,

blickten doch Bourgeoisie und Kleinbürgertum mit wachsendem Groll auf den Bundesgenossen von eben, der „faulenzend" „auf Staatskosten" ernährt wurde; ähnlich sah die Provinz scheel auf Paris, das als Hexenkessel sozialer Gärung unheimliche Blasen warf, und mit ganz ungemischten Gefühlen schauten auch die Bauern, in deren Hände durch das allgemeine Wahlrecht das Schicksal Frankreichs gelegt war, auf das ihnen unverständliche und deshalb verdächtige Treiben der Hauptstadt. Die Reaktion, die sich, statt die republikanische Staatsform anzugreifen, als Partei der „Ordnung" zum „Schutz des Eigentums, der Familie und der Religion" auf sozialem Felde sammelte, hatte es um so leichter, als die Arbeiter nur in Paris zahlenmäßig stark, aber auch hier alles andre als klassenbewußt waren. Was sich Sozialismus nannte, waren verschwommene Menschheitsbeglückungsideen für die Utopist gegen Utopist, Phantast gegen Phantast focht.

Während die Februarrevolution das Wirtschaftsleben noch trostloser lähmte, so daß mit steigender Arbeitslosigkeit die Nationalwerkstätten im April 70 000, im Mai 100 000, im Juni 110 000 Mann umfaßten, fühlte die Arbeiterklasse, daß ihr Einfluß mehr und mehr schwand. Vor allem ging aus den Kammerwahlen im April die maßvolle, honette, bourgeoise Republik ohne jeden sozialen Beigeschmack hervor; die Arbeiterkandidaten wurden fast überall aufs Haupt geschlagen, und auf trockenem Wege erwies sich der Tag, an dem die Wähler an die Urne traten, als dasselbe, was in blutiger Form die Junischlacht war: als Sieg der Bourgeoisie über das Proletariat, der Provinz über Paris, des Dorfes über die Stadt. Vergebens, daß immer wieder die Pariser Proletarier auf die Straßen hinabstiegen, um mit ihrer Macht aufzutrumpfen; gerade die Kundgebung vom 15. Mai, die ursprünglich der Sache Polens galt und sich zu einer Ueberflutung der Nationalversammlung durch aufgeregte Blusenmänner und zu einem törichten Handstreich gegen die Regierung auswuchs, gab der verbissenen Losung: „Es muß ein Ende nehmen!" die stärkste Lebenskraft.

Am 21. Juni klatschte die Verordnung, daß von den Insassen der Nationalwerkstätten die jüngeren ins Heer gesteckt, die andern zur Entsumpfung der Landschaft Sologne abgeschoben werden sollten, wie ein Peitschenhieb ins Gesicht der Pariser Arbeiter. Darauf konnten sie nur eine Antwort haben: Auf die Straße und Widerstand bis zum Aeußersten! Schwenkte der Sozialismus dabei seine Fahne? Ein Satz aus einem Manifest der Aufständischen gibt bündige

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19280622/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG